

Tagungsbericht

Der Beitrag politischer Bildung zu einer Willkommenskultur in Brandenburg. Tagung mit Vereinen der politischen Bildung am 12. Februar 2015

Zeit/ Ort: 10.00 Uhr bis 16.00 Uhr / Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung

Rund 60 Akteure von Vereinen der politischen Bildung aus ganz Brandenburg hatten sich zur Tagung angemeldet. Im Mittelpunkt des Treffens, zu dem die Landeszentrale gemeinsam mit der Landesarbeitsgemeinschaft für politisch-kulturelle Bildung (LAG) eingeladen hatte, stand die Frage nach dem Beitrag der politischen Bildung zu einer Willkommenskultur in Brandenburg.

I. Eröffnungsvortrag und Diskussion mit der Landesintegrationsbeauftragten

Die Landesintegrationsbeauftragte **Dr. Doris Lemmermeier** sprach sich in ihrem Eröffnungsvortrag für ein **umfassendes Verständnis des Begriffs Willkommenskultur** aus. Willkommenskultur dürfe sich nicht exklusiv an Fachkräfte richten, sondern müsse auch die Asylbewerber mit einschließen. Es ginge nicht nur um die Unterstützung der Neuankömmlinge bei der Ankunft. Zur Willkommenskultur gehöre auch der generelle Umgang mit Vielfalt in einer Gesellschaft. Die **Zahlen für Brandenburg** würden keinesfalls ein alarmierendes Bild zeichnen: 2013 habe es 17 Gemeinschaftsunterkünfte für Flüchtlinge im Land gegeben. Im Februar 2015 seien es 50 gewesen und bis Jahresende werde mit weiteren gerechnet. Die Flüchtlinge, die 2014 nach Brandenburg gekommen seien, entsprächen 0,24% der Bevölkerung.

Problematisch sei, dass die Debatte um die Willkommens- und Anerkennungskultur der deutschen Aufnahmegesellschaft eine **paternalistische Rolle** zuschreibe. Bei der Integration solle es sich jedoch vielmehr um einen Annäherungsprozess handeln, bei dem sich beide Seiten auf einander zubewegen und etwas Neues entstehen lassen. Aus diesem Grund regte Frau Lemmermeier auch eine Diskussion um die Bedeutung einer „**Toleranzkultur**“ an.

In Brandenburg gebe es derzeit bereits viele gute Ansätze und Initiativen, es müsse jedoch auch noch viel getan werden, um die Ausbildung einer Willkommenskultur zu fördern. Dies treffe sowohl auf die Zivilgesellschaft als auch auf die staatlichen Institutionen zu. Derzeit werde in Potsdam das vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geförderte Modellprojekt "Ausländerbehörden – Willkommensbehörden" durchgeführt. Die gewonnenen Erkenntnisse sollen anschließend in die Landkreise getragen werden. Wünschenswert sei darüber hinaus eine stärkere Unterstützung des Ehrenamtes. Besonders für den ländlichen Raum, der von großen räumlichen Distanzen und dem Fehlen geeigneter Infrastruktur geprägt ist, müssten zukünftig passfähige Konzepte entwickelt werden.

In der sich an den Vortrag anschließenden Diskussion wurde festgestellt, dass die von Lemmermeier angesprochenen Defizite des ländlichen Raums nicht pauschal für alle Landkreise in Brandenburg zutreffend seien. Es sei hier aber durchaus ein hoher Bedarf an fachlicher Beratung vorhanden, für die das Büro der Integrationsbeauftragten eine geeignete Anlaufstelle biete.

Die Vertreter der Vereine wiesen außerdem darauf hin, dass zivilgesellschaftliches Engagement allein nicht ausreiche, die Politik müsse auch bessere Rahmenbedingungen schaffen. Eine erfolgreiche Einbindung der Flüchtlinge in das gesellschaftliche Leben werde zum Beispiel dadurch erschwert, dass sich die Gemeinschaftsunterkünfte meist in entlegenen Randgebieten der Städte befänden. Gesetzliche Regelungen wie das Arbeitsverbot für Asylbewerber müssten ebenfalls überdacht werden. Auch der Mangel an Bildungsangeboten und die unzureichende Unterstützung der Eigeninitiative der Flüchtlinge in diesem Bereich wurden kritisiert. Die Integrationsbeauftragte wies darauf hin, dass hier neben dem Land auch der Bund und die Kommunen in der Pflicht seien. So müsste beispielsweise die Bundesregierung die Integrationskurse auch für Flüchtlinge öffnen.

II. Präsentation von Projekten freier Träger: Best Practice Beispiele

Im zweiten Teil der Tagung stellten sechs Organisationen Beispiele aus ihrer Arbeit zum Thema Willkommenskultur vor.

Alfred Roos, Geschäftsführer der RAA (Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie Brandenburg), ging in seinem Vortrag auf Standards für eine kommunale Willkommens- und Anerkennungskultur ein. Zunächst hob er positiv hervor, dass in Brandenburg eine Willkommensbewegung herrsche, die sich fremdenfeindlichen Bestrebungen entgegenstelle. Es sei jedoch wichtig, dass alle kommunalen Einrichtungen den Weg der interkulturellen Öffnung durchlaufen und ihre Organisationsprozesse und Personalentwicklungsmaßnahmen dahingehend überprüfen, inwiefern die durch Migration verursachten Veränderungen in der gesellschaftlichen Umwelt ein Umdenken erforderlich machen. Das treffe nicht allein auf die Einrichtungen zu, in deren Fokus die Arbeit mit Migranten liege, sondern auch auf Kitas und Schulen, die kommunale Verwaltung, den Gesundheitssektor, Wohnungsunternehmen, die Sozialarbeit, den Einzelhandel sowie Vereine und Verbände.

Ein Teilnehmer merkte kritisch an, dass für die kommunale Willkommens- und Anerkennungskultur fast ausschließlich Konzepte existierten, die auf den Bedarf der Städte zugeschnitten seien, während es für kleine Kommunen kaum Vorbilder geben würde.

In seinem Vortrag gab Thorsten Finger (*Würdevoll leben e.V./ Kulturbund Templin*) zu bedenken, dass es in Brandenburg zwar schon immer Zuwanderung gegeben habe, dass in der Vergangenheit jedoch keine aktive Willkommenskultur gelebt wurde. In der Uckermark sei noch immer viel Ablehnung gegenüber den Flüchtlingen zu spüren, die sich auch juristisch nicht wegurteilen lasse, sondern allein durch neue Strukturen und einen Kulturwandel hin zur gelebten Inklusion überwinden lasse. Des Weiteren schlug er vor, dass weniger stationäre und mehr mobile Ideen für Gemeinschaftsaktivitäten z.B. Nähcafés entwickelt werden sollen, die geeigneter für die Lebensumstände der Flüchtlinge seien. Außerdem forderte er, dass Sozialraumanalysen nicht nur erstellt, sondern auch genutzt

werden sollen. Es fehle nicht an Wissen, sondern daran, es unter Einbindung aller Akteure in konkrete Konzepte vor Ort zu transferieren.

Im Folgenden stellten **Helena Steingart und Margrid Posselt die Arbeit des *Bildung Begegnung Zeitgeschehen e.V. Bernau*** vor. Mit Aktionstagen, Exkursionen in der Region und Projekttagen an Schulen wollen sie Einheimische und Zugewanderte zusammenbringen, um beiden Seiten die ‚Angst vor dem Fremden‘ zu nehmen und die Neugier aufeinander zu wecken. Darüber hinaus vermittele der Verein Bildungspaten, die Kinder aus Einwandererfamilien beim Spracherwerb unterstützen. Der Verein biete seit langem **Sprachkurse an, die speziell auf die Bedürfnisse der Teilnehmenden** abgestimmt seien und je nach Lebenssituation auch zeitlich flexibel genutzt werden können.

Ein Tagungsteilnehmer merkt dazu an, dass es **besonders im ländlichen Raum** oft nicht möglich sei, Sprachkurse oder andere gemeinsame Aktivitäten anzubieten, weil es an **Räumlichkeiten fehle** und viele Gemeinde- und Begegnungszentren nach und nach geschlossen werden. Auch andere Vereinsvertreter beklagen diesen Mangel und äußern Unverständnis darüber, dass es weder auf kommunaler noch auf der Landesebene nachhaltige Ansätze zur Lösung des Problems gebe, obwohl doch diese Kristallisationspunkte gemeinsamer Begegnung besonders wichtig seien.

Im Fokus der Arbeit des ***Bildungs- und Begegnungszentrum Schloss Trebnitz e.V.*** liegt die deutsch-polnische Begegnung. **Darius Müller** stellte die verschiedenen Projekte des Vereins vor, bei denen das gegenseitige Kennenlernen durch gemeinsames Wirken steht. Dazu gehören das gemeinsame Kochen regionaler Gerichte, gemeinsame Feste und Camps, das deutsch-polnische inklusive Schülercafé sowie die Partizipation der deutschen und polnischen Jugendlichen im Oder-Jugendrat. Mit dem neu gegründeten **Europäischen Zentrum für transnationale Partizipation** wolle der Verein zukünftig die Qualität der transnationalen Zusammenarbeit sichern, die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch schaffen sowie Praxisforschung und Politikberatung betreiben.

Die Verbesserung des gegenseitigen Verstehens ist auch ein Anliegen des ***Vereins für Bildung und Aufklärung Zossen e.V.*** In seinem Vortrag stellte **Kurt Liebau** heraus, dass in die Organisation von Festen auch Communities einbezogen werden, die sonst oft unter sich blieben (z.B. Tschetschenen) und durch ihre Mitwirkung aus der Isolation geholt werden sollen. Der Verein fördert außerdem den Austausch zwischen Flüchtlingen der Nachkriegszeit und jenen, die heute nach Deutschland kommen. Der Verein wirbt für Patenschaften, in denen die Flüchtlinge neben praktischer Unterstützung vor allem menschliche Nähe erfahren sollen, um sie vor Isolation und Vereinsamung zu bewahren. Außerdem stelle sich die Frage nach einer Zukunftsperspektive für die einzelnen Flüchtlinge. Der Verein versuche, sie in die eigene Arbeit einzubinden und baue parallel dazu auch ein Netzwerk auf, das den Flüchtlingen die Möglichkeit gebe, in verschiedene handwerkliche Berufe hinein zu schnuppern. Die Herausforderung bei all diesen Projekten sei vor allen die **ressourcenaufwändige Koordination. Die Unterstützung durch die verschiedenen politischen Ebenen sei daher unverzichtbar.**

Der **Brandenburgische Volkshochschulverband** möchte über Thementage und Themenkurse dazu beitragen, dass Menschen ausländischer Herkunft Volkshochschulen und Bibliotheken als Lernorte kennenlernen. Die Schwelle zur Nutzung dieser Einrichtungen solle gesenkt werden, damit sie ihr Recht auf Bildung wahrnehmen und in Kontakt mit der einheimischen Bevölkerung treten können. Die organisierten Events sollen durch das

Vorstellen regionaler Besonderheiten zum gegenseitigen Kennenlernen beitragen und die Vorteile des Zusammenlebens hervorheben. Geschäftsführerin **Evelyn Dahme** schloss ihren Vortrag mit dem Appell an eine **stärkere Vernetzung und Zusammenarbeit** der Träger und Initiativen, auch um vorhandene Ressourcen gemeinsam besser nutzen zu können. So könnten sich Vereine auch an die Volkshochschulen vor Ort wenden, um Räumlichkeiten zu nutzen.

Zum Abschluss der Diskussion tauschten sich die Vereine darüber aus, welche Schwierigkeiten es bei der Organisation von Veranstaltungen gebe, wenn kulturelle Besonderheiten wie Gebetszeiten, Ernährungsregeln oder die Trennung von Männern und Frauen beachtet werden sollen. Es stellte sich die Frage, wie weit hier Toleranz gehen dürfe und solle. **Ein Teilnehmer** gab zu bedenken, dass Anpassung nicht allein von den Zugewanderten erwartet werden dürfe, sondern dass auch die Organisatoren sich öffnen müssen und neue Wege zulassen sollen, um ein **gegenseitiges Aufeinanderzugehen** zu ermöglichen.

III. Förderfragen

Nach der Mittagspause boten die Mitarbeiterinnen der Landeszentrale den Vereinen an, sich über die Förderung durch die Landeszentrale beraten zu lassen. Die Leiterin der Landeszentrale, **Dr. Martina Weyrauch**, lobte die Vielfalt der Ideen und warb um Verständnis dafür, dass auf Grund der Vielzahl der Anträge nicht alle Projekte gefördert werden könnten.

Aufgrund der diesjährigen vorläufigen Haushaltsführung könne ein Teil der Fördermittel erst in der zweiten Jahreshälfte bewilligt und ausgezahlt werden. Die Landeszentrale riet den Vereinen daher, ihre Anträge so anzupassen, dass der Maßnahmenbeginn ebenfalls in der zweiten Jahreshälfte liege. Für die Antragsstellung sollte das Onlineformular genutzt werden.

Die Landeszentrale bot den freien Trägern Unterstützung in ihrer Öffentlichkeitsarbeit an. So besteht die Möglichkeit, geförderte Projekte in den gedruckten Veranstaltungsflyer der Landeszentrale aufzunehmen.

Abschließend stellte **Janin Hinze** noch einige Zahlen zum **Förderjahr 2014** vor. Erfreulich sei, dass 70 Prozent der 160 eingereichten Förderanträge bewilligt und die zur Verfügung stehenden Fördermittel nahezu restlos ausgezahlt werden konnten. Mit vielfältigen Formaten wie Seminaren, Theaterprojekten, Workshops, Camps, Ausstellungen und Audioguides konnten **mehr als 37.000 Teilnehmer erreicht** werden. Die Vereine wurden noch einmal gebeten, die bewilligten Mittel, die sie selbst nicht nutzen können, so schnell wie möglich zurück zu geben, damit diese anderen Projekten zu Gute kommen können.

IV. Ergebnisse der Tagung

Die Trägertagung hat deutlich gemacht, dass Willkommenskultur in Brandenburg nicht neu erfunden werden muss. Darauf wies ausdrücklich **Dr. Michael Jahn** (LAG) hin, der die Bandbreite der Aktivitäten der in der LAG zusammengeschlossenen Vereine unterstrich.

Für den **Beitrag der politischen Bildung zu einer Willkommenskultur in Brandenburg** sind mehrere Punkte deutlich geworden:

- Erstens: Als eine Aufgabe der politischen Bildung wurde die Bereitstellung von Hintergrundinformationen und Aufklärung formuliert. Dazu gehörten die Erklärung von Grundbegriffen der deutschen Asylpolitik ebenso wie die Sensibilisierung für einen bewussten Umgang mit sprachlichen Bildern und Ausdrücken. Die oft genutzte Wassermetaphorik wie ‚Flüchtlingswellen‘ oder ‚Flüchtlingsfluten‘ würde überdramatisierte Bilder erzeugen. Auch das Wiedererstarken von stigmatisierenden Begriffen wie ‚Asylanten‘ müsse durch die politische Bildung kritisch diskutiert werden.
- Zweitens: Die Tagungsteilnehmer_innen stimmten darin überein, dass Hilfe für Flüchtlinge wertvoll sei, dass sie aber auch ein Machtgefälle erzeuge, da sie diese stets als die Schwächeren darstelle. Es müsse deshalb auch darum gehen, Chancengleichheit zu schaffen. Die Aufgabe der politischen Bildung sei es daher, die Auseinandersetzung mit diesem Thema zu befördern und zu begleiten.
- Drittens: Aus den Reihen der Vereine wurde im Verlauf der Tagung immer wieder die Notwendigkeit betont, die Arbeit der freien Träger stärker mit allen politischen Ebenen zu vernetzen, um die Realität bei der Schaffung einer Willkommenskultur vor Ort nicht aus den Augen zu verlieren.
- Viertens: Die Tagungsteilnehmer wiesen auf einen wichtigen Aspekt erfolgreicher politischer Bildung vor Ort hin. Die konkrete Arbeit sei eng mit ehrenamtlichem Engagement verknüpft. Ohne dieses ließen sich Projekte oft gar nicht umsetzen. In der Regel mangle es jedoch an der Möglichkeit, die Ehrenamtlichen vernünftig zu betreuen und ihnen zumindest ihre Auslagen wie z.B. Fahrtkosten zu erstatten. **Die Landesintegrationsbeauftragte** bestätigte, dass der politische Wille zur Unterstützung des Ehrenamtes durchaus vorhanden sei, es zurzeit jedoch noch an konkreten Fördermaßnahmen fehle. Insbesondere der von den Anwesenden geforderte flächendeckende Aufbau hauptamtlicher Unterstützungsstrukturen sei aber in naher Zukunft unrealistisch. **Martina Weyrauch** warf ein, dass zum Beispiel durch die mobilen Beratungsteams durchaus mögliche Koordinierungsstellen existieren, die gebündelt und in ihrer Arbeit stärker unterstützt werden müssten. Hier könnte möglicherweise **die Staatskanzlei** eine Rolle einnehmen.

Die Tagungsteilnehmer_innen baten ausdrücklich darum, die Ergebnisse der Tagung und ihre Berichte an die zuständigen politischen Ebenen zu kommunizieren. Die Veranstalter der Tagung sicherten dies zu.